

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann  
vom 4. Januar 2024**

Eine Abgabe von Munition an Israel im Sinne der Fragestellung hat nicht stattgefunden.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

21. Abgeordneter  
**Andreas Bleck**  
(AfD)
- Können sich in Deutschland aufhaltende wehrpflichtige ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren wegen Verstoßes gegen ukrainisches Recht in die Ukraine ausgeliefert werden (<https://bild.de/politik/inland/politik-inland/kiew-macht-ernst-kriegsdienst-fuer-ukrainer-im-ausland-86530500.html>)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Benjamin Strasser  
vom 3. Januar 2024**

Den rechtlichen Rahmen für eine Entscheidung über die Zulässigkeit einer Auslieferung bildet das Europäische Auslieferungsabkommen vom 13. Dezember 1957. Das Abkommen ist nach dessen Artikel 4 für militärische Straftaten nicht anwendbar. Gleiches gilt nach § 7 des Gesetzes über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen für eine Auslieferung ohne vertragliche Grundlage. Weiterhin muss ebenfalls, wenn es sich nicht um eine militärische Straftat handelte, eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes (Beschluss vom 24. Mai 1977 – 4 ARs 6/77 – BGHSt 27, 191) berücksichtigt werden, wonach das Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe (Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes) die Unzulässigkeit einer Auslieferung begründen würde, wenn sie dazu führen würde, dass die verfolgte Person unmittelbar nach Verbüßung der Strafe wegen eines auslieferungsfähigen Deliktes, ohne zuvor das Land verlassen zu können, zum Wehrdienst mit der Waffe herangezogen würde und, falls sie aus Gewissensgründen diesen Dienst verweigert, Bestrafungen zu gewärtigen hat.

22. Abgeordneter  
**Edgar Naujok**  
(AfD)
- Hat die Bundesregierung die Einschätzung des Europäischen Gerichtshofs, dass deutsche Staatsanwaltschaften nicht ausreichend unabhängig von der Exekutive seien ([www.transparency.de/aktuelles/detail/article/eugh-urteilt-deutsche-staatsanwaltschaft-nicht-unabhaengig](http://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/eugh-urteilt-deutsche-staatsanwaltschaft-nicht-unabhaengig)) zur Kenntnis genommen und wenn ja, hat sie dies bei der Beantwortung meiner Schriftlichen Frage 124 auf Bundestagsdrucksache 20/9662 berücksichtigt?